Nikolai Soukup

EINLEITUNG: EINE UNION MIT SOZIALER SCHIEFLAGE UND UNGEWISSER ZUKUNFT

Etwas mehr als sechzig Jahre nach Inkrafttreten der Römischen Verträge, die wesentliche Grundlagen für die Entwicklung der europäischen Integration geschaffen haben, rund ein Jahrzehnt nach Ausbruch der Finanzkrise, die verheerende ökonomische und soziale Auswirkungen nach sich zog, und gegen Ende des „Brexit"-Prozesses, mit dem zum ersten Mal die Weichen auf den Austritt eines EU-Mitgliedstaats gestellt werden, ist die zukünftige Entwicklung der Europäischen Union höchst ungewiss. Die vielen verfestigten Krisenphänomene sind unübersehbar, und nicht nur die sozioökonomischen Entwicklungen, sondern auch die Vorstellungen über die zukünftige Ausrichtung europäischer Politik zeigen tiefe Spaltungen in Europa auf.

Besonders deutlich wird die tiefgreifende Krise der EU-Integration angesichts der massiven Kluft, die in vielen Bereichen zwischen den sozialen Zielsetzungen der europäischen Verträge – unter anderem „Wohlergehen" (Art. 3 Abs. 1 EUV[1]), „Vollbeschäftigung", „soziale[r] Fortschritt" und „soziale Gerechtigkeit" (Art. 3 Abs. 3 EUV) – und der tatsächlichen sozialen Lage in der EU besteht.

Obwohl die europäische Konjunktur nach den folgenschweren Krisenjahren gegenwärtig eine Erholung erfährt und die Arbeitslosigkeit in der EU insgesamt mittlerweile wieder das Vorkrisenniveau erreicht hat, haben mehrere Mitgliedstaaten nach wie vor sehr hohe Arbeitslosenquoten (vgl. Europäische Kommission 2018a, 4 f.). Die Beschäftigungsquote für gering qualifizierte ArbeitnehmerInnen befindet sich zudem nach wie vor unter dem Wert vor der Krise (vgl. ebd., 6 f.). Besonders besorgniserregend ist etwa die Situation junger Menschen, die in mehreren Mitgliedstaaten nach wie vor in besonders hohem Ausmaß von Arbeitslosigkeit betroffen sind (siehe Rautner et al. in diesem Band). Die beträchtliche Bedeutung atypischer Beschäftigungsverhältnisse geht vielfach mit prekären Arbeitsbedingungen einher (siehe Risak in diesem Band). Das Europa-2020-Ziel zur Verringerung der Armutsgefährdung und der Gefahr sozialer Ausgrenzung liegt zudem in weiter Ferne (siehe Heitzmann in diesem Band). Darüber hinaus führt grenzüberschreitendes Lohn- und Sozialdumping in mehreren Mitgliedstaaten und Branchen zu verstärktem Druck auf dem Arbeitsmarkt (siehe Gagawczuk in diesem Band). In jenen Ländern, die im Rahmen von mit der sogenannten „Troika" vereinbarten Programmen bei sozialstaatlichen Leistungen drastisch eingespart, die Rechte der ArbeitnehmerInnen beschnitten und Kollektivvertragssysteme ausgehöhlt haben, ist zudem eine massive soziale Krise entstanden. Die soziale Schieflage in der EU lässt sich zudem auch an unterschiedlichen Dimensionen gesellschaftlicher Ungleichheit erkennen. So besitzen etwa die reichsten 10 % der Haushalte in der Eurozone mehr als die Hälfte des Gesamtvermögens, und deren Anteil ist zwischen 2010 und 2014 sogar gestiegen (vgl. Schürz 2017).

Zentrale Ursachen der sozialen Lage in der EU können in politischen Entwicklungen verortet werden, die eine auf europäischer Ebene dominante neoliberale Ausrichtung (vgl. z. B. Bieler

1 Vertrag über die Europäische Union.

Sozialpolitik in Diskussion, Band 20/2019: Seiten 4–10

2015) widerspiegeln. Zum einen hat die EU-Krisenpolitik – sowohl im Rahmen der Politik der „Troika“ als auch der Reformen der „Economic Governance“ – primär auf restriktive Fiskalpolitik und ein einseitiges Verständnis von Wettbewerbsfähigkeit gesetzt (siehe z. B. Feigl, Klatzer/Schlager und Müller/Schulten in diesem Band). Doch auch mit einem weiter zurückreichenden Blick wird deutlich, dass zentrale Integrationsprojekte wie die Binnenmarktvertiefung und die Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) marktliberale Ziele auf der europäischen Ebene stärkten, während sie die Spielräume für marktkorrigierende Politiken auf nationaler Ebene erheblich einschränkten (siehe Soukup in diesem Band; vgl. z. B. Scharpf 2002, 647–649; Holman 2004, 716–725; Van Apeldoorn 2009, 23–27).

Was die künftige Ausrichtung des EU-Integrationsprozesses betrifft, besteht gegenwärtig auf der Ebene des EU-Institutionengefüges große Orientierungslosigkeit. Zwar drückt die Juncker-Kommission die Zielsetzung aus, soziale Aspekte in den Mittelpunkt zu rücken, und legte mehrere Vorschläge für neue bzw. geänderte sozialpolitische EU-Rechtsakte vor (vgl. Europäische Kommission 2018b, 3–9). Im November 2017 wurde darüber hinaus die (rechtlich unverbindliche) sogenannte „europäische Säule sozialer Rechte“ (vgl. Europäisches Parlament et al. 2017) feierlich proklamiert. Ein grundlegender Kurswechsel in der Ausrichtung der EU-Integration ist jedoch derzeit nicht erkennbar. Die gegenwärtige Debatte über die Zukunft der EU wird zum einen dominiert von Ansätzen einer Fortsetzung oder Verschärfung neoliberaler Strategien, was die ungleiche Verteilung von Einkommen, Vermögen und Macht in der Gesellschaft weiter verschärfen würde, und auf der anderen Seite von nationalistischen und rechtskonservativen Strategien, die auf Spaltungen zwischen den Mitgliedstaaten und innerhalb von Gesellschaften setzen (siehe Soukup in diesem Band; vgl. dazu Attac 2017, 10; Bieling 2017, 64 f.).

Politische und gesellschaftliche AkteurInnen, die für sozialen Fortschritt kämpfen, stehen vor diesem Hintergrund vor einer äußerst schwierigen Ausgangslage (vgl. Bieling 2017, 65). Der vorliegende Sammelband zielt daher zum einen darauf ab, Problemlagen und deren Ursachen mit Blick auf die sozioökonomische Entwicklung und Ausrichtung der EU als Mehrebenensystem und Hindernisse auf dem Weg zu einer substanziellen sozialen Neuausrichtung der EU zu untersuchen. Zum anderen sollen auch mögliche inhaltliche Ansatzpunkte und strategische Überlegungen mit Blick auf eine Überwindung dieser Hindernisse analysiert werden. Dabei erscheint eine umfassende Analyseperspektive hilfreich, die sowohl strukturelle Bedingungen als auch das konkrete Handeln von AkteurInnen berücksichtigt, kurz- und mittelfristige sowie längerfristige Blickwinkel einnimmt und unterschiedliche Ebenen des EU-Mehrebenensystems in den Blick nimmt. Der umfassende Ansatz des Sammelbandes soll sich auch in der Kombination von Analysen allgemeiner politischer und sozioökonomischer Entwicklungen sowie spezifischer Fragen innerhalb unterschiedlicher konkreter Themenbereiche widerspiegeln.

Der Beitrag von Nikolai Soukup setzt sich mit der Frage auseinander, welche zentralen Hindernisse überwunden werden müssten, damit eine substanzielle soziale Neuausrichtung der EU ermöglicht würde, und identifiziert dabei drei grundlegende Faktoren: 1) die „Überordnung neoliberaler wirtschaftspolitischer Integration über wohlfahrtsstaatliche Politik“, 2) die „diskursive Umdeutung der Rolle wohlfahrtsstaatlicher Politik im Sinne der Erfüllung vermeintlicher Erfordernisse der Wettbewerbsfähigkeit und fiskalischer ‚Sachzwänge‘“ sowie 3) das „massive Ungleichgewicht der sozialen Kräfteverhältnisse in der EU zulasten der ArbeitnehmerInnen“. Der Autor argumentiert, dass aktuelle Entwicklungen zwar auf partielle Veränderungen hinsichtlich der Beschaffenheit dieser Hindernisse hindeuten, die Ausgangslage sich jedoch

nicht grundlegend verändert habe. Hinsichtlich der Handlungsperspektiven für AkteurInnen, die für sozialen Fortschritt kämpfen, schlägt Soukup vor, die Diskussion um die künftige Entwicklung Europas weniger auf die institutionellen Kompetenzen der politischen Entscheidungsebenen zu fokussieren, sondern vielmehr die materiellen Arbeits- und Lebensbedingungen und die politischen Auseinandersetzungen für sozialen Fortschritt in den Mittelpunkt zu rücken. Diese Strategie erfordere politisches Handeln auf unterschiedlichen Ebenen sowie die Politisierung von und das Abzielen auf Brüche mit der bisher dominanten neoliberalen Ausrichtung der EU-Integration, um künftige Handlungsspielräume zu erweitern.

Georg Feigl macht in seinem Beitrag deutlich, dass eine Neuorientierung der europäischen Wirtschaftspolitik – insbesondere im Rahmen der WWU – eine unumgängliche Voraussetzung für eine substanziell sozialere Ausrichtung der europäischen Politik darstellt. Anstelle der derzeitigen Engführung der wirtschaftspolitischen Ausrichtung auf den Abbau öffentlicher Verschuldung und die Verbesserung der Bedingungen privater Unternehmen sollten Wohlstand, Aufwärtskonvergenz und sozialer Fortschritt als zentrales Leitbild verankert werden. Als Vermittlung zwischen diesem Leitbild und den Indikatoren zur Messung der Zielerreichung soll ein „magisches Vieleck der Wirtschaftspolitik“ dienen. Um ein sozialeres Europa zu erreichen, gelte es zunächst, die Eurozone ökonomisch zu stabilisieren, indem die Gefahren fehlender Möglichkeiten, Krisen antizyklisch entgegenzuwirken, der großen Außenhandelsungleichgewichte und einer langfristig schwachen Wirtschaftsentwicklung adressiert werden. Eine wünschenswerte umfassende Reform der WWU sollte das „magische Vieleck“ in der EU-Governance verankern und eine Reform der restriktiven Fiskalregeln ebenso umfassen wie die Bekämpfung des Steuerwettbewerbs und die Festlegung hoher sozialer Standards sowie eine demokratischere Entscheidungsfindung in der Eurozone. Aufgrund der ungünstigen politischen Mehrheitsverhältnisse zur Umsetzung einer wohlstandsorientierten Ausrichtung gelte es unmittelbar, eine neoliberale Vertiefung der WWU zu verhindern und sich für mehrheitsfähige Verbesserungen einzusetzen, während langfristig an einer weitreichenderen Vertiefungsagenda für ein sozialeres Europa festgehalten werden müsse.

Die kritische Analyse der europäischen Wirtschaftspolitik ist ebenso für eine Auseinandersetzung mit dem Stellenwert von Gleichstellungspolitik in der EU unerlässlich, wie der Beitrag von Elisabeth Klatzer und Christa Schlager zeigt. Die Autorinnen zeigen auf, dass sich auf der und durch die EU-Ebene eine wettbewerbskonforme Sicht der Gleichstellungspolitik sukzessive durchgesetzt hat, die vor allem auf den ökonomischen Nutzen von Frauenerwerbstätigkeit und Gleichstellungspolitik fokussiert ist. Für eine kritische Bilanz der EU-Gleichstellungspolitik müsse die Analyse jedoch auf die Budget- und Wirtschaftspolitik erweitert werden, argumentieren Klatzer und Schlager. So zeichne sich die mit der Krisenpolitik geschaffene neue „Economic Governance“ der EU durch eine weitreichende Geschlechterblindheit aus. Der bedeutende Machtzuwachs der Finanzbürokratie innerhalb der Kommission und die verstärkte Verlagerung wirtschaftspolitischer Entscheidungsfindung weg von demokratischen Institutionen bedeute eine zunehmende Stärkung jener Institutionen, die besonders deutlich von Männern dominiert und von maskulinen Normen geprägt sind. Der Beitrag thematisiert zudem die in der Regel stärkere Betroffenheit von Frauen von Sozialabbau und die Auswirkungen der wettbewerbsstaatlichen Transformation der Rolle des Staates auf Gleichstellung. Klatzer und Schlager plädieren schließlich für eine Neukonzeptualisierung von Ökonomie als „Care-Economy“, bei der die soziale Reproduktion in den Mittelpunkt gerückt wird, eine „emanzipatorische Transformation von Staatlichkeit“ und den „Ausbau geschlechtergerechter Institutionen und Entscheidungsprozesse“.

Die Analyse der sozialen Ausrichtung der EU ist darüber hinaus eng mit der lohnpolitischen Orientierung und der Lohnentwicklung in der Europäischen Union verbunden. Torsten Müller und Thorsten Schulten zeigen in ihrem Beitrag, dass das EU-Krisenmanagement ab 2010 einen „lohnpolitischen Interventionismus“ hervorgebracht hat, innerhalb dessen europäische Institutionen Einfluss auf die Lohnpolitik nehmen. Entsprechende Vorgaben in mit der „Troika“ vereinbarten „Memoranda of Understanding“ ebenso wie länderspezifische Empfehlungen waren zumeist auf Lohnzurückhaltung und die Dezentralisierung von Kollektivvertragssystemen fokussiert. Diese Formen der lohnpolitischen Einflussnahme hatten weitreichende Folgen: Insbesondere in den südeuropäischen Ländern kam es zu einem deutlichen Rückgang von Flächenkollektivverträgen und ihrer Bindungswirkung und einem Rückgang der Reallöhne, wie Müller und Schulten zeigen. Zuletzt seien jedoch Anzeichen eines neuen lohnpolitischen Diskurses – etwa in der europäischen Säule sozialer Rechte – zu erkennen, innerhalb dessen von der primären Sichtweise auf Löhne als Kostenfaktor vorsichtig abgewichen werde. Müller und Schulten erörtern schließlich, welche Ansatzpunkte Gewerkschaften aufgreifen können, um eine lohnpolitische Neuausrichtung voranzubringen, und sprechen sich für eine expansivere und solidarische Lohnpolitik in Europa aus. Als konkrete Projekte für transnationale gewerkschaftliche Zusammenarbeit schlagen sie eine europäische Mindestlohnpolitik und die Stärkung nationaler Kollektivvertragssysteme vor.

Von entscheidender Bedeutung für die soziale Lage in Europa ist zudem die Bekämpfung prekärer Beschäftigung. Der Beitrag von Martin Risak befasst sich in diesem Zusammenhang mit den arbeitsrechtlichen Strategien auf EU-Ebene, um die negativen Folgen atypischer Beschäftigung einzudämmen. Der Beitrag gibt eingangs einen Überblick über die Hintergründe der in den vergangenen Jahrzehnten gestiegenen Bedeutung der unterschiedlichen Formen atypischer Beschäftigung einschließlich sogenannter „neuer Beschäftigungsformen“ und erörtert den Zusammenhang zwischen atypischer und prekärer Beschäftigung. Die Analyse der unterschiedlichen Verbreitung und Dynamik atypischer Beschäftigung in der EU zeigt ein vielfältiges Bild, in dem jedoch ein beträchtlicher Stellenwert atypischer Beschäftigungsformen in den meisten EU-Mitgliedstaaten zu erkennen ist. Der Autor legt dar, dass das Thema atypischer Beschäftigung bereits Gegenstand früherer Initiativen auf EU-Ebene gewesen ist und aktuell mit dem Richtlinienvorschlag über transparente und verlässliche Arbeitsbedingungen (vgl. Europäische Kommission 2017) auf die EU-Agenda gesetzt wurde. Der Beitrag setzt sich in der Folge mit diesem Vorschlag auseinander und zeigt innerhalb der Bereiche der Teilzeit- und der befristeten Beschäftigung sowie der Plattformarbeit und der „neuen Selbstständigen“ konkrete Felder auf, in denen im Rahmen des EU-Rechts Handlungsbedarf besteht, um die negativen Auswirkungen atypischer Beschäftigung einzudämmen.

Der Beitrag von David Rautner, Petra Völkerer und Silvia Hofbauer widmet sich einem weiteren Problemfeld, dessen Bewältigung für eine soziale Neuausrichtung der EU wie auch für die konkreten Zukunftsperspektiven junger Menschen in der EU von entscheidender Bedeutung ist: der in vielen Mitgliedstaaten nach wie vor besorgniserregend hohen Jugendarbeitslosigkeit. So stieg nach der Krise die bereits zuvor hohe Jugendarbeitslosigkeit deutlich an – ebenso wie die Anzahl der Jugendlichen ohne Arbeitsplatz oder schulische bzw. berufliche Ausbildung. Der Beitrag legt dar, welche Maßnahmen auf EU-Ebene gesetzt wurden, um die Jugendarbeitslosigkeit zu bekämpfen, und untersucht die Probleme, die bei der Umsetzung der Jugendgarantie – der von den Mitgliedstaaten umzusetzenden Garantie eines qualitativ hochwertigen Arbeitsplatzes, einer Aus- bzw. Fortbildung oder eines Praktikums für alle Menschen unter 25 Jahren – aufgetreten sind. Die AutorInnen identifizieren eine unzureichende Finanzierung, eine mangelnde soziale Treffsicherheit, einen verzögerten Start der Programme zur EU-

Finanzierung sowie eine höchst unterschiedliche Qualität der mit der Jugendgarantie im Zusammenhang stehenden Angebote. Neben einer Fortsetzung der „Beschäftigungsinitiative für junge Menschen“ und der Jugendgarantie und einem Fokus auf gering qualifizierte Jugendliche plädieren die AutorInnen für geeignete Maßnahmen in den Mitgliedstaaten und eine allgemeine umfassende Neuausrichtung der EU-Wirtschaftspolitik, um die Perspektivlosigkeit vieler junger Menschen in der EU zu bekämpfen.

Die Problemlagen und Handlungsnotwendigkeiten im Zusammenhang mit grenzüberschreitendem Lohn- und Sozialdumping in der EU stehen im Mittelpunkt des Beitrags von Walter Gagawczuk. Der Beitrag stellt eingangs relevante Daten zur Entsendung von ArbeitnehmerInnen innerhalb der EU dar und erörtert, was unter grenzüberschreitendem Lohn- und Sozialdumping verstanden werden kann – einem Phänomen, das zu unfairem Wettbewerb innerhalb des Binnenmarkts auf Kosten der ArbeitnehmerInnen führt. Darüber hinaus gibt der Beitrag einen Überblick über die bestehenden arbeits- und sozialversicherungsrechtlichen Rechtslagen auf EU-Ebene hinsichtlich grenzüberschreitender Arbeit sowie jüngste Entwicklungen in Bezug auf die Novelle der Entsenderichtlinie (vgl. Europäisches Parlament/Rat der Europäischen Union 2018), die aktuell verhandelten Änderungen der EU-Rechtsakte zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit (vgl. Europäische Kommission 2016) und die Schaffung einer Europäischen Arbeitsbehörde (vgl. Europäische Kommission 2018c). Auf dieser Grundlage analysiert Gagawczuk eine Reihe zentraler Probleme und Handlungsfelder im Zusammenhang mit grenzüberschreitendem Lohn- und Sozialdumping – unter anderem Scheinentsendungen, Dumpingpraktiken durch niedrigere Beitragsgrundlagen für die Sozialversicherung im Herkunftsland sowie Mängel bei der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit der Behörden der Mitgliedstaaten und der Effektivität von Kontrollen – und schlägt konkrete Lösungsansätze vor.

Ein zentrales Problemfeld in der sozioökonomischen Entwicklung der EU stellt zudem das Ausmaß an Armut und sozialer Ausgrenzung dar. Der Beitrag von Karin Heitzmann skizziert zuerst die bisherigen Aktivitäten und Schwerpunktsetzungen zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung auf EU-Ebene. Anschließend werden die Indikatoren vorgestellt, die zur Messung von Armut und sozialer Ausgrenzung in der EU herangezogen werden, und es wird analysiert, wie erfolgreich die EU-Armutsbekämpfungsagenda seit 2008 gewesen ist. Die Analyse zeigt, dass trotz des Ziels der Europa-2020-Strategie, die Anzahl der von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohten Menschen um 20 Millionen zu senken, die Zahl bis 2012 um mehr als sechs Millionen anstieg und nach Fortschritten danach 2016 immer noch um knapp eine Million höher war als 2008. Die Entwicklungen innerhalb der Mitgliedstaaten verliefen dabei höchst unterschiedlich. Heitzmann analysiert die Entwicklung der Armutsgefährdung unterschiedlicher Gruppen seit Beginn der Krise und stellt dabei unter anderem eine gestiegene Armutsgefährdung von Kindern und Jugendlichen fest. Die Autorin konstatiert eine Unterordnung der EU-Armutsbekämpfungsagenda unter andere, insbesondere ökonomische Ziele und argumentiert, dass es eine Grundvoraussetzung für den Erfolg aktueller und künftiger Strategien zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung sei, dass „sozialpolitische Themen tatsächlich in den Mittelpunkt der europäischen Politik gerückt werden“.

Von entscheidender Bedeutung für eine soziale Neuausrichtung der EU ist es darüber hinaus, inwiefern es gelingt, einen Kurswechsel hin zu einer europäischen Politik für mehr Steuergerechtigkeit einzuleiten. Der Beitrag von Philipp Gerhartinger und Martin Saringer widmet sich diesem Thema vor dem Hintergrund eines internationalen – und europäischen – Steuerwettbewerbs, der den Mitgliedstaaten Mittel für sozialpolitische Maßnahmen nimmt und beste-

hende ökonomische Ungleichgewichte verschärft, wie die Autoren argumentieren. Die Analyse des Beitrags zeigt, dass multinational agierenden Konzernen antiquierte Steuerstrukturen mit Lücken bzw. Unstimmigkeiten zwischen den einzelnen nationalen Regeln und bilateralen Abkommen gegenüberstehen. Eine Eindämmung des intensiven Steuerwettbewerbs scheitere nicht zuletzt an unterschiedlichen Interessenlagen – und der eingeschränkten Kompetenzen der EU. Die Autoren stellen Ausmaß und Konsequenzen des internationalen Steuerwettbewerbs dar und ziehen Bilanz über rezente politische Entwicklungen auf EU-Ebene in den Bereichen Unternehmensbesteuerung und der Bekämpfung von Steuerhinterziehung. Abschließend zeigen Gerhartinger und Saringer Anforderungen an die künftige Steuerpolitik der EU auf, die unter anderem einen Mindeststeuersatz für die Unternehmensbesteuerung, ein zentrales Register wirtschaftlicher EigentümerInnen zur wirksamen Bekämpfung von Steueroasen, einen EU-weiten Ansatz zum Ausbau vermögensabhängiger Abgaben und die Einführung einer Finanztransaktionssteuer beinhalten.

BIBLIOGRAFIE

Attac (2017), Einleitung, in: *Attac* (Hg.), Entzauberte Union. Warum die EU nicht zu retten und ein Austritt keine Lösung ist, Wien, 9–14.

Bieler, Andreas (2015), Social Europe and the Eurozone Crisis: The Importance of the Balance of Class Power in Society, in: Amandine *Crespy* and Georg *Menz* (eds.), Social Policy and the Euro Crisis. Quo Vadis Social Europe, (= Palgrave Studies in European Union Politics), Basingstoke/New York, 24–44.

Bieling, Hans-Jürgen (2017), Das EU-Imperium: Struktur, Funktionsweise und Transformation, in: Mario *Candeias* und Alex *Demirović* (Hg.) Europe – what's left? Die Europäische Union zwischen Zerfall, Autoritarismus und demokratischer Erneuerung, Münster, 49–69.

Europäische Kommission (2016), Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit und der Verordnung (EG) Nr. 987/2009 zur Festlegung der Modalitäten für die Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 883/2004, COM(2016) 815 final, Straßburg.

Europäische Kommission (2017), Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über transparente und verlässliche Arbeitsbedingungen in der Europäischen Union, COM(2017) 797 final, Brüssel.

Europäische Kommission (2018a), Entwurf des gemeinsamen Beschäftigungsberichts der Kommission und des Rates. Begleitunterlage zur Mitteilung der Kommission zum Jahreswachstumsbericht 2019, COM(2018) 761 final, Brüssel.

Europäische Kommission (2018b), Überwachung der Umsetzung der europäischen Säule sozialer Rechte, COM(2018) 130 final, Straßburg.

Europäische Kommission (2018c), Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Errichtung einer Europäischen Arbeitsbehörde, COM(2018) 131 final, Straßburg.

Europäisches Parlament und *Rat der Europäischen Union* (2018), Richtlinie (EU) 2018/957 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 28. Juni 2018 zur Änderung der Richtlinie 96/71/EG über die Entsendung von Arbeitnehmern im Rahmen der Erbringung von Dienstleistungen.

Europäisches Parlament, Rat der Europäischen Union und *Europäische Kommission* (2017), Europäische Säule sozialer Rechte; https://ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/social-summit-european-pillar-social-rights-booklet_de.pdf.

Holman, Otto (2004), Asymmetrical regulation and multidimensional governance in the European Union, Review of International Political Economy 11(4), 714–735.

Scharpf, Fritz W. (2002), The European Social Model: Coping with the Challenges of Diversity, in: Journal of Common Market Studies 40(4), 645–670.

Schürz, Martin (2017), Neue Daten zur Vermögensungleichheit in Europa, in: A&W blog, 13. 1. 2017; https://awblog.at/neue-daten-vermoegensungleichheit/.

Van Apeldoorn, Bastiaan (2009), The Contradictions of 'Embedded Neoliberalism' and Europe's Multi-Level Legitimacy Crisis: The European Project and its Limits, in: Bastiaan *van Apeldoorn,* Jan *Drahokoupil* and Laura *Horn* (eds.), Contradictions and Limits of Neoliberal European Governance. From Lisbon to Lisbon, Basingstoke/New York, 21–43.